

# aktuell



**Nach VP-Obmann-Wechsel:**  
**Erfolgreiche Arbeit der**  
**Regierung fortsetzen**

Die Causa prima dieser Woche ist sicher der Rücktritt von Vizekanzler und ÖVP-Obmann Josef Pröll. Es war eine Entscheidung, die ihm niemand abnehmen konnte und die ihm sicher nicht leicht gefallen ist. Denn die ÖVP kommt derzeit aus den Turbulenzen kaum heraus. Für Bundeskanzler Werner Faymann ist jedenfalls klar, dass der erfolgreiche Regierungskurs der Koalition auch mit der neuen VP-Führung fortgesetzt wird.

Aus Anlass der ÖVP-Regierungsumbildung erscheint „SPÖ Aktuell“ einen Tag später – wir bitten um Verständnis.

Der zweite Schwerpunkt dieser Ausgabe befasst sich mit der Tatsache, dass Jahr für Jahr tausende junge Menschen keine Berufsausbildung machen. Manche können nicht einmal einen Hauptschulabschluss vorweisen. Sie schlittern in eine oft lebenslange „Arbeitslosen-Karriere“, unterbrochen von kurzzeitigen Hilfsarbeiter-Jobs. Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer will das mit einem verpflichtenden Ausbildungsangebot verhindern.

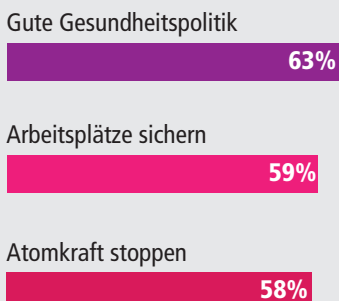
Eure Redaktion



Gastkommentar vom Wiener Bildungssekretär Marcus Schober zur Bildungspolitik in Wien sowie Aktuelles zu den jüngsten Veranstaltungen aus dem „2020“-Prozess und eine Vorschau auf Veranstaltungen zum Zukunftsdiskurs Bildung..... Seite14

## THEMEN DER WOCHE

### Was wollen die Wähler?



Quelle: Gallup, Grafik: SPÖ

### SPÖ-Themen punkten

Am wichtigsten sind den Österreicherinnen und Österreichern laut einer Umfrage eine gute Gesundheitspolitik, die die beste Versorgung für alle ermöglicht, sichere Arbeitsplätze und der Stopp der Atomkraft. Ein weiterer Beleg dafür, dass die SPÖ mit ihrem Einsatz goldrichtig liegt. ♦

Fotolia



Information ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Gehaltsverhandlung.

### Mehr Einkommensgerechtigkeit schaffen

Bei Gehaltsverhandlungen zu wissen, wie viel im Schnitt für den jeweiligen Job gezahlt wird, ist bares Geld wert. SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz begrüßt daher, dass Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu diesem Zweck einen Gehaltsrechner entwickeln will. ♦



Bilderbox

Auf Österreichs Straßen gibt es immer weniger Unfälle durch Alkohol am Steuer.

### Verkehrssicherheitspaket wirkt

Das Sicherheitspaket von Verkehrsministerin Doris Bures gegen „Alko-Lenker“ zeigt Wirkung. Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Todesfolge durch Alkohol am Steuer sank laut aktueller Unfallstatistik im Vorjahr um 28 Prozent. Seit Einführung des Pakets vor 15 Monaten ist sogar ein Rückgang von 37 Prozent zu verzeichnen. „Es zeigt sich, dass der intelligente Mix aus höheren Strafen, längerem Führerscheinentzug, Bewusstseinsbildung und verstärkten Kontrollen wirkt“, so Bures. Trotz dieser positiven Entwicklung dürfe man aber nicht locker lassen, mahnt die Verkehrsministerin. Ein Schwerpunkt des Sicherheitspakets besteht daher in Projekten zur Bewusstseinsbildung bei Jugendlichen. „Sie werden damit konfrontiert, was es heißen kann, sich alkoholisiert hinter das Steuer zu setzen. Das ist kein Kavaliersdelikt. Die Fahrer gefährden sich und andere“, so Bures. ♦

### Zitat der Woche

**„Ich bin sehr stolz darauf, dass wir in einem Land leben, in dem ein solches Thema nicht unter den Tisch gekehrt, verdrängt oder übersehen wird. Es freut mich, dass Justiz und Exekutive hier entsprechend eingeschritten sind.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann zur Verhaftung des Rechtsextremisten Küssel**

## Grenzwerte für japanische Lebensmittel gesenkt

Die Grenzwerte für Strahlenbelastung bei japanischen Lebensmittelimporten wurden gesenkt. Die österreichischen Kontrollen bleiben selbstverständlich aufrecht.

Das vehemente Eintreten von Gesundheitsminister Alois Stöger trägt Früchte: Die Grenzwerte für den Import von japanischen Lebensmitteln wurden gesenkt. „Mein kontinuierlicher Druck hat Wirkung gezeigt, ich habe die Kommission schriftlich auf meine Position aufmerksam gemacht und auch bei dem informellen Treffen der Gesundheitsminister in Gödöllö nochmals auf die Senkung der Grenzwerte gedrängt“, betont Stöger. Für

Bundeskanzler Werner Faymann zeigt die Senkung der Grenzwerte, dass Österreich als Mitgliedstaat etwas verändern kann, wenn etwas im Rahmen der EU in eine falsche Richtung geht.

Auch Österreichs strenge Kontrollen aller Importe werden fortgesetzt. „Wir werden weiterhin 100 Prozent aller direkten Lebensmittelimporte aus Japan kontrollieren und die Ergebnisse werden wie schon bisher veröffentlicht“, sagt Stöger. ♦



BMG/Herzenberger

Gesundheitsminister Alois Stöger hat sich auf europäischer Ebene erfolgreich für die Senkung der Grenzwerte stark gemacht.





STANDPUNKT

# Politik braucht Handlungsfähigkeit

Josef Pröll hat aus gesundheitlichen Gründen alle politischen Ämter zurückgelegt. Mit seinem Nachfolger Michael Spindelegger werden wir weiter darum kämpfen, Österreich ein Stück besser zu machen.

**A**m Tag nach Prölls Rücktritt kürten die VP-Granden in einer eilig einberufenen Vorstandssitzung Außenminister Michael Spindelegger zum Nachfolger. Vor allem ist jetzt eines wichtig: Die Regierungsarbeit muss gut funktionieren. Politik braucht Handlungsfähigkeit. Politik muss Gestaltungswillen haben und Gestaltungskraft beweisen, damit wir das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen können.

Denn wir haben in dieser Legislaturperiode noch viel vor. Von den Reformen in der Bildung bis zu den Herausforderungen in einem sich verändernden Arbeitsmarkt oder der Schaffung eines gerechten Steuersystems.

Der Wirtschaftsstandort Österreich muss sich im internationalen Wettbewerb gut aufstellen und in Zukunftsbranchen Vorreiter sein. Die Rahmenbedingungen gibt die Politik vor. Denken wir etwa an den Ausbau erneuerbarer Energien, einer Schlüsselbranche der kommenden Jahre. Gerade Länder wie Österreich, die selbst keinen Atomstrom produzieren und mittelfristig zur Gänze darauf verzichten wollen, brauchen tragfähige Alternativen. Ein europäischer Ausstieg aus der Atomenergie wird für Österreich auch wirtschaftspolitisch Sinn machen.

Ein Beispiel: Das Energieunternehmen Salzburg AG arbeitet an der Zukunft der Stromnetze. Strom wurde früher vorwiegend in Großkraftwerken produziert und an die Kunden verteilt. Heute gibt es immer mehr kleine, räumlich verteilte Erzeugungsanlagen, die ins Stromnetz einspeisen. Die Salz-



Mit innovativen Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energien macht die Regierung den Wirtschaftsstandort Österreich fit für die Zukunft.

burg AG versucht in Modellregionen, die unterschiedlichen Anbieter und Endkunden zu einem intelligenten Netzwerk zu verbinden. Aus der Energie-Einbahn wird der Energieaustausch in beide Richtungen. Im Endausbau soll ein innovatives Gesamt-Energiekonzept mit klarem Schwerpunkt auf er-

Fotolia

**„Vor allem ist jetzt eines wichtig: Die Regierungsarbeit muss gut funktionieren. Politik braucht Handlungsfähigkeit. Politik muss Gestaltungswillen haben und Gestaltungskraft beweisen, damit wir das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen können.“**

neuerbare Energien (Solarenergie, Biomasse etc.) entstanden sein.

Die Bundesregierung fördert solche Innovationen, um Österreich fit für die Zukunft zu machen. Wenn wir Projekte wie jenes der Salzburg AG geschickt nützen, profitiert die Wirtschaft ebenso wie der Arbeitsmarkt. Auch unser Kampf gegen die Atomenergie wird so untermauert. Apropos Kampf gegen die Atomkraft: Am Ostermontag, 25. April, rufen Global2000 und zahlreiche andere Unterstützer zu einer Kundgebung auf dem Wiener Stephansplatz auf. Als Sozialdemokraten müssen und werden wir diese Aktion unterstützen. Wir wollen ein starkes Zeichen für den Atomausstieg setzen und auch der fatalen

Folgen von Fukushima gedenken. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

[www.facebook.com/laurarudas.at](http://www.facebook.com/laurarudas.at)



## AUSBILDUNG

# Alle Chancen statt

10.000 Jugendliche drohen jährlich in Arbeitslosigkeit und Armut abzurutschen. Denn sie beginnen nach der Pflichtschule weder eine Lehre noch eine weiterführende Ausbildung. Damit diese Jugendlichen nicht zur „Generation ohne Zukunft“ werden, plant Sozialminister Rudolf Hundstorfer ein verpflichtendes Ausbildungsangebot.



Zinner

**Durchstarten in ein selbstbestimmtes Leben mit guter Ausbildung und echten Zukunftschancen: Dafür will Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit einem verpflichtenden Ausbildungsangebot sorgen.**

**„Es soll keine 16-jährigen Hilfsarbeiter ohne Berufs- und Lebensperspektive mehr geben.“**

**Sozialminister Rudolf Hundstorfer**

**K**evin stammt aus einer zerrütteten Familie, Vater und Mutter sind arbeitslos. Alkohol und Gewalt sind auf der Tagesordnung. Nachdem er zum zweiten Mal von der Polizei beim Aufbre-

chen eines Autos erwischt wurde, ist Kevin seine Lehrstelle los. Seitdem schläft Kevin lang und sitzt den ganzen Tag vor dem Fernseher.

Büsra ist 16 und lebt mit ihren Eltern und drei Brüdern in einer 45-Quadratmeter-Wohnung. Ihr Vater arbeitet im Tunnelbau, ist oft wochenlang weg, ihre Mutter hat jung und ohne Ausbildung geheiratet. Büsra hatte in der Hauptschule Probleme in Deutsch und Mathematik, für Nachhilfe

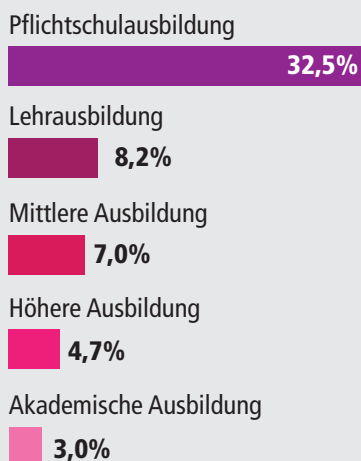
reichte das Geld nicht. Heute verbringt Büsra ihre Tage im Park oder im Einkaufszentrum – kein Betrieb wollte eine zweimal Sitzengebliebene anstellen.

Es sind vor allem benachteiligte Jugendliche wie Kevin und Büsra, die keine weiterführende Ausbildung machen. Die Folgen sind drohende Arbeitslosigkeit und Armut. Um das zu verhindern, brauchen diese Jugendlichen eine Chance. Genau hier setzt die von Sozialminister Hundstor-



# null Perspektiven

## Arbeitslosenquote der 20- bis 24-Jährigen nach Ausbildung



Quelle: BMASK | Grafik: SPÖ

**Ausbildung und Qualifikation sind der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Während bei Jugendlichen ohne Ausbildung jeder Dritte arbeitslos ist, sind es bei jungen Menschen mit akademischer Ausbildung nur drei Prozent.**

fer geplante verpflichtende Ausbildung an, die auf der erfolgreichen Ausbildungsgarantie aufbaut. Erklärtes Ziel ist es, ein breitgefächertes, attraktives Ausbildungsangebot für unsere Jugendlichen zu schaffen.

## Bessere Chancen und grüne Ampeln für unsere Jugendlichen

Schon jetzt gibt es eine Fülle an sehr guten Angeboten. Vor allem die bereits 2008 eingeführte Ausbildungsgarantie hat sich bestens bewährt: Sie garantiert Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren einen Schulplatz oder eine betriebliche bzw. überbetriebliche Lehrausbildung. Zusammen mit Maßnahmen wie der „Aktion Zukunft Jugend“ und den Produktionsschulen hat die Ausbildungsgarantie maßgeblich dazu beigetragen, dass Österreich im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ein europäisches Vorzeigeland ist.

Eines aber ist klar: Trotz dieser guten Position müssen jetzt die nächsten Schritte gesetzt werden. Denn pro Jahr sind 5.000 Jugendliche nach ihrer Schulpflicht weder in einer weiterführenden Schule noch am Arbeitsmarkt oder in einer Ausbildung. Und weitere 5.000 Jugendliche gehen lediglich einer ungelernten Beschäftigung als

schlecht bezahlte Hilfsarbeiter ohne Zukunftsperspektive nach. Diese Jugendlichen dürfen nicht allein gelassen werden, das Heranwachsen einer „Generation ohne Zukunft“ muss mit aller Kraft verhindert werden. Minister Hundstorfer möchte daher – gemeinsam mit allen Beteiligten – die Ausbildungsgarantie zu einer verpflichtenden Ausbildung weiterentwickeln. „Wir haben tolle junge Menschen, die Ausbildung und Qualifikation brauchen, weil sie ohne Ausbildung viele Ampeln vorfinden, die auf Rot gestellt sind. Ich möchte aber, dass unsere Jugendlichen bessere Chancen und grüne Ampeln haben“, erklärt der Minister zu seinen Plänen.

Wie sehr sich die Chancen am Arbeitsmarkt durch mangelnde Berufsbildung verschlechtern, zeigen aktuelle Zahlen. Demnach ist jeder dritte junge Mensch ohne Ausbildung arbeitslos. Zum Vergleich: Unter jungen Menschen mit Lehrausbildung sind es 8,2 Prozent, bei Jugendlichen mit akademischer Ausbildung reduziert sich der Wert auf drei Prozent.

## Attraktives Ausbildungsangebot

Geht es nach dem Sozialminister, sollen bis 2020 möglichst alle Jugendlichen das Bildungssystem mit einer abgeschlossenen Lehre, einer Matura, einem Abschluss einer berufsbildenden Schule oder einer universitären Bildung verlassen. „Es soll keine 16-jährigen Hilfsarbeiter ohne Berufs- und Lebensperspektive mehr geben“, bekräftigt Minister Hundstorfer. Es gilt daher, ein attraktives Ausbildungsangebot zu schaffen, das die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen berücksichtigt. Das Angebot soll dabei aus drei Säulen bestehen: der weiterführenden Schule, der betrieblichen und der überbetrieblichen Lehrausbildung. Außerdem sollen Jugendliche beim Übergang von der Schule ins Berufsleben besser begleitet und beraten werden. In Kooperation mit dem Bildungsministerium und den Sozialpartnern wird die Beratung der Schülerinnen und Schüler ab der siebten und achten Schulstufe weiter verbessert und ausgebaut. Auch Initiativen wie z.B. Besuche in Betriebsinformationszentren werden weiter intensiviert. Ansetzen will der Sozialminister aber auch bei den Betrieben: Sie müssen die nötigen Ausbil-

dungsplätze bereitstellen. Und Betriebe sollen Jugendliche, die nicht in einer Ausbildung sind, auch nicht mehr ohne Weiteres anstellen dürfen. Denn sonst würden diese „Jugendlichen frühzeitig als Hilfskräfte abgestempelt“, erklärt Hundstorfer.

## Mehr Zukunftschancen: Wirtschaft begrüßt Pläne Hundstorfers

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits wertet das verpflichtende Ausbildungsangebot positiv: „Das stellt sicher, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit zu einer qualifizierten Ausbildung und damit eine echte Zukunftschance erhalten.“ Auch SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer unterstreicht die Bedeutung einer Ausbildungspflicht: „Wichtig ist, dass die Jugendlichen nach der Pflichtschule nicht aufhören, sich weiterzubilden. Sonst verbauen sie sich frühzeitig ihre Zukunftschancen.“ Auf Zustimmung stoßen die Pläne des Sozialministers auch bei der Wirtschaftskammer Österreich und ÖVP-Wirtschaftsminister Mitterlehner, der betonte, dass jede Anstrengung positiv sei, die dazu führt, dass sich die Qualität verbessert. Was es u.a. in den Niederlanden und in Hamburg bereits gibt, hat gute Chancen, auch in Österreich Realität zu werden. Gut so: Denn unsere Jugendlichen brauchen bessere Chancen statt null Perspektiven. ♦

## INFO

### Ausbildungsverpflichtung international erfolgreich

Die Ausbildungsverpflichtung gibt es bereits in mehreren Ländern. Mit Erfolg – wie etwa das Beispiel **Niederlande** zeigt, wo die Jugendarbeitslosigkeit EU-weit am niedrigsten ist. In den Niederlanden absolvieren Jugendliche verpflichtend mindestens zwei Tage pro Woche eine Ausbildung.

In **Hamburg** gibt es nach der Vollzeitschulpflicht von neun Jahren für zumindest weitere zwei Jahre eine verpflichtende Wahlmöglichkeit (z.B. zwischen dem Besuch einer weiterführenden Schule oder eines beruflichen Bildungsgangs).

## REGIERUNG

# ÖVP muss rasch Tritt fassen

Außenminister Michael Spindelegger folgt Josef Pröll als Vizekanzler und ÖVP-Parteichef nach. Für die SPÖ ist klar, dass die erfolgreiche Arbeit der Regierung rasch fortgesetzt werden muss. Ein Neustart beim Koalitionspartner ist daher dringend notwendig.



gemeinsam bewältigen werden.“ Wer Pröll als Finanzminister nachfolgen wird und auch alle weiteren Rochaden im ÖVP-Regierungsteam werden bis zur nächsten Nationalratssitzung am 28. April feststehen. Der Bundeskanzler sicherte zu den bisherigen Vizekanzler Josef Pröll bei der Übergabe der Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger voll und ganz zu, unterstützen, um eine kontinuierliche Regierungsarbeit zu gewährleisten. Faymann zeigte sich überzeugt, dass der Koalitionspartner „die Weichen stellen wird, für Entscheidungen, die uns in die Lage versetzen, die gemeinsame Arbeit im Interesse des Landes genauso stabil und entschlossen fortzusetzen, wie bisher“. Auf Seiten der SPÖ stehen keine personellen Veränderungen an. „Ich kann garantieren, dass mein Regierungsteam unverändert bleibt“, bekräftigte der Kanzler.

## Wirtschaftlich stark, finanziell stabil, sozial ausgewogen

Dass die Zusammenarbeit zwischen Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Pröll gut funktioniert hat, ist kein Geheimnis. „Wann immer es zu schwierigen Momenten gekommen ist, wusste ich, dass Josef Pröll jemand ist, auf den ich mich verlassen kann“, sagte Faymann. Auch ist es nicht selbstverständlich, dass in schwierigen Zeiten eine Regierung so stark und so geschlossen vorgeht. „Das sieht man am Vergleich mit vielen anderen Ländern in der EU“, betonte Bundeskanzler Faymann. Durch das entschlossene Handeln der Regierung in Folge der Krise ist es gelungen, dass Österreich über stabile Finanzen verfügt, in einem wirtschaftlichen Aufschwung steht und die geringste Arbeitslosenquote in Europa zu verzeichnen hat. Prölls Rücktritts-Entscheidung nahm Faymann mit großem Respekt zur Kenntnis. „Er allein hat zu entscheiden, wie er im Interesse seiner Gesundheit sein Leben zukünftig gestalten will“, sagte der Kanzler. ♦

Josefs Prölls Abgang fällt in turbulente Zeiten: Nach diversen Skandalen ist ein Neustart der ÖVP nötig, um die erfolgreiche Arbeit der Koalition nicht zu gefährden.

**„Wir haben Reformen im Land umzusetzen, die keinen Stillstand dulden.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann**

**M**it seinem Rücktritt als Vizekanzler, Finanzminister und ÖVP-Parteichef hat Josef Pröll die Konsequenzen aus seinem gesundheitlichen Zustand gezogen. Er erlitt eine Lungenembolie und musste zuletzt drei Wochen aus dem politischen Betrieb ausscheiden. Die durch seinen Rücktritt erforderlichen gravierenden personellen Änderungen treffen die ÖVP in einer schwierigen Lage, ist sie doch nach diversen Skandalen rund um ihre EU-Abgeordneten und durch parteiinterne Zerwürfnisse angeschlagen. Prölls Nachfolger, der aus dem

ÖAAB kommende Niederösterreicher Michael Spindelegger, steht also vor großen Herausforderungen. Er muss Ordnung in das ÖVP-Chaos bringen. Das ist nicht zuletzt deshalb notwendig, um die Arbeit innerhalb der Koalition zu sichern.

## Gute Arbeit wird fortgesetzt

Für die SPÖ steht fest, dass die erfolgreiche Regierungszusammenarbeit rasch weitergehen muss. „Wir haben Reformen im Land umzusetzen, die keinen Stillstand dulden“, machte Bundeskanzler Werner Faymann seinen Standpunkt klar. Die künftige Arbeit mit Spindelegger sieht er optimistisch: „Mit ihm als Außenminister habe ich schon bisher gut zusammengearbeitet. Ich bin überzeugt davon, dass der konstruktive Kurs in der Bundesregierung im Interesse des Landes fortgesetzt wird und dass wir die kommenden Aufgaben

## JUSTIZ

# Ein Erfolg und viele Baustellen

So erfreulich die Festnahmen in der Causa „alpen-donau.info“ sind, Justizministerin Bandion-Ortner gerät immer mehr unter Druck und der Ruf nach einem Generalstaatsanwalt wird immer lauter.

**E**s geht ja doch: In der Causa „alpen-donau.info“ schlug die Polizei Montag Abend letzter Woche zu und führte Hausdurchsuchungen an insgesamt sechs Standorten durch. Der bekannte Rechtsextremist Gottfried Küssel und eine weitere Person wurden festgenommen, Unterlagen, Computer und Datenträger, Waffen und NS-Devotionalien beschlagnahmt.

Davor war Justizministerin Bandion-Ortner wegen mangelnder Ermittlungsverve der Justiz in diversen Fällen kritisiert worden. Die Justizministerin versuchte es daraufhin mit einem Befreiungsschlag, der nach hinten losging: Sie erteilt nun erstmals in ihrer Amtszeit Weisungen. So gab sie Fristen vor, bis wann brisante Verfahren wie die Causa Buwog, oder die Überprüfung der Einstellung des Eurofighter-Verfahrens

abgeschlossen sein sollen. Auch erteilte sie Weisung, bis wann die Entscheidung über die Anklageerhebung in der Causa „alpen-donau.info“ erfolgen soll. Diese Weisungen stoßen auf heftigen Widerstand sowohl der Staatsanwälte, als auch der Strafverteidiger. Die Staatsanwälte verweisen auf die Personalknappheit. Bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft sind immer noch erst 9,5 der 15 versprochenen Posten besetzt. Die Staatsanwälte fordern, wie die SPÖ seit langem, die Abschaffung des ministeriellen Weisungsrechts.

Die SPÖ will, dass ein dem Parlament verantwortlicher Generalstaatsanwalt die Weisungsspitze übernimmt. ÖVP-Klubob-



Die Festnahme des bekannten Rechtsextremisten Küssel im Zusammenhang mit der Neonazi-Homepage war überfällig.

mann Kopf kann sich ebenfalls eine Verlagerung der Kontrolle der Staatsanwälte vom Justizministerium hin zum Parlament vorstellen. ♦

## INTERVIEW

## Das Vertrauen der Staatsanwaltschaft verspielt

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über Bandion-Ortner und das Weisungsrecht.



**Günther Kräuter:** Ich kann mich nicht an eine ähnlich deutliche und unmissverständliche Absage an eine Ressortverantwortliche durch eine Behördenvertretung erinnern.

*Das Weisungsrecht der Ministerin an die Staatsanwaltschaft wird in der Öffentlichkeit immer stärker in Zweifel gezogen. Soll es abgeschafft werden?*

**Kräuter:** Die SPÖ fordert seit langem einen unabhängigen Generalstaatsanwalt an der Spitze der Weisungspyramide. Eine allgemein anerkannte Persönlichkeit sollte

mit Verfassungsmehrheit des Parlamentes bestimmt werden, und während einer einzigen Amtsperiode ähnlich dem Rech-

nungshofpräsidenten ausschließlich dem Nationalrat verantwortlich sein.

*Sie selbst haben in der Vergangenheit mehrfach Weisungen der Ministerin Bandion-Ortner gefordert.*

Günther Kräuter: Ich hätte mir erwartet, dass beispielsweise nach der unfassbaren Einstellung der Eurofighter-Causa die Ministerin die Öffnung der Konten von Rumpold, Wolf, Steininger und Mensdorff-Pouilly anordnet oder die Höhe und Herkunft der Grasser-Einkünfte in den Jahren 2000 bis 2010 feststellen lässt. Die jetzige Weisung, wöchentlich in ihrem politischen Kabinett über die Fälle BUWOG, Grasser und Eurofighter zu beraten, wird das Misstrauen der Bevölkerung nur noch weiter verstärken. ♦

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter orteht  
eklatante Schwächen der Justizministerin.

„SPÖ Aktuell“: Was sagen Sie zur scharfen Kritik der Staatsanwälte an Justizministerin Bandion-Ortner?



## EUFOR LIBYA

# Humanitärer Einsatz möglich

Österreich schickt zwei Stabsoffiziere, um am Aufbau des Hauptquartiers für den humanitären Einsatz der EU in Libyen mitzuwirken.

Bundesheer



Das Österreichische Bundesheer ist für einen humanitären Einsatz in Libyen bestens vorbereitet.

**U**nter dem Namen „EUFOR Libya“ sollen europäische Soldatinnen und Soldaten zur Unterstützung der Vereinten Nationen (UNO) für die si-

chere Evakuierung von Flüchtlingen sorgen und humanitären Organisationen zur Seite stehen. Von Rom aus würde – im Fall einer Anforderung durch die UNO – der gesamte Einsatz geplant und durchgeführt werden. Mit dem Entsenden der beiden österreichischen Offiziere, so Verteidigungsminister Norbert Darabos, „werden Vorbereitungen für einen humanitären Einsatz getroffen“. Auch für Bundeskanzler Werner Faymann ist es

## Noch keine Anforderung vonseiten der UNO

Auch die Beteiligung österreichischer Soldaten im Rahmen der sogenannten „EU-Battlegroups“, den Krisen-Eingreif-Truppen der EU, steht im Raum. Dazu bräuchte es aber eine Anforderung durch die UNO, die bisher noch nicht erfolgt ist. Darabos betonte, dass man darauf jedenfalls „bestens vorbereitet“ ist. Innerhalb von fünf Tagen könnten die angeforderten Soldatinnen und Soldaten bereitgestellt werden. Österreich könnte sich im Fall der Fälle mit bis zu 180 Bundesheer-Soldaten beteiligen, die dann für 120 Tage zur Verfügung stünden. Sowohl Kanzler als auch Verteidigungsminister haben darauf hingewiesen, dass eine Beteiligung des Österreichischen Bundesheeres nur an humanitären, keinesfalls aber an Kampfeinsätzen erfolgen wird, da dies nicht mit der Neutralität vereinbar wäre. ♦

## EUROPA

## Mit voller Kraft für ein soziales Europa

Beim Frühlingsempfang der SPÖ-EU-Delegation im „Haus der Europäischen Union“ in Wien waren zahlreiche Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie zusammengekommen, um über die Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren.

**B**undeskanzler Werner Faymann erneuerte in seinen Begrüßungsworten seine Forderung nach einer europäischen Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Bildung, Forschung und Gesundheit. Die Gastgeber des Empfangs waren die SPÖ-EU-Abgeordneten Evelyn Regner, Hannes Swoboda, Karin Kadenbach und SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried, der betonte: „Für uns ist klar, wir wollen eine soziale Europäische Union. Ein Europa, das den Menschen das Gefühl gibt: Das nützt mir.“ Unter den Gästen des Empfangs waren StS Josef Ostermayer, SPÖ-Klubobmann Josef Cap, ÖGB-Chef Erich Foglar und AK-Chef Herbert Tumpel. ♦

Bundeskanzler Werner Faymann, SPÖ-BGF Laura Rudas und SPÖ-EU-Abg. Jörg Leichtfried beim Frühlingsempfang der SPÖ-EU-Delegation.



Lehmann

## GENTECHNIK

## EU-Rückenwind für Vorreiter Österreich

Österreich war bereits bisher ein Vorbild beim Anbauverbot von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Jetzt hat auch das Europäische Parlament beschlossen: Jedes Land soll selbst über den GVO-Anbau entscheiden können.



Im EU-Parlament wurde ein „starkes Zeichen“ für mehr Sorgfalt im Umgang mit GVO gesetzt, so die SPÖ-EU-Abg. Karin Kadenbach.

Dieses Abstimmungsergebnis im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments „entspricht der Position Österreichs“, sagte die SPÖ-EU-Abgeordnete Karin Kadenbach. Innerhalb der EU soll jetzt Autonomie beim GVO-Anbau garantiert werden. „Es bleibt zu hoffen, dass viele andere europäische Staaten dem österreichischen Beispiel folgen“, unterstreicht Kadenbach und verweist darauf, dass ein GVO-Anbauverbot auch dem Wunsch der meisten Konsumenten entspricht. Der Ausschuss fordert auch mehr Forschung über die gesundheitlichen Auswirkungen von GVO. ♦



Roman

## Der Mann, der Hunde liebte

Der kubanische Schriftsteller Leonardo Padura führt uns an verschiedenste Schauplätze der Weltrevolution.

„Tötet ihn nicht! Dieser Mann muss reden“, rief der schwer verwundete Trotzki seinen Leibwächtern zu, als sie sich auf den Mann stürzten, der ihn mit einem Eispickel attackiert hatte. Leonardo Padura bringt ihn zum Sprechen. Ein rätselhafter Mann, der mit seinen beiden Windhunden am Strand spazieren geht, erzählt dem kubanischen Schriftsteller Iván die Geschichte des Trotzki-Mörders Ramón Mercader. Doch woher kennt dieser Unbekannte all die Facetten aus Mercaders Leben? Padu-

ras Roman, an dem er mehrere Jahre arbeitete, führt uns an verschiedenste Schauplätze der Weltrevolution: ins Spanien des Bürgerkriegs, nach Moskau während der stalinistischen Schauprozesse, ins Mexiko Frida Kahlos und Diego Riveras, ins Prag von 1968, nach Kuba. In atemberaubender Prosa erweckt er die Protagonisten zu neuem Leben, zeigt sie in ihrer Bereitschaft zur völligen Selbstaufgabe zugunsten einer Ideologie und zieht die Bilanz der gescheiterten Utopien eines Jahrhunderts. ♦

Vergangenheitsbewältigung

## Grün-Weiß unterm Hakenkreuz

Der SK Rapid hat als erster österreichischer Bundesliga-Klub seine Rolle im Nationalsozialismus wissenschaftlich aufgearbeitet.

22. Juni 1941: Der Sportklub Rapid gewinnt im Berliner Olympiastadion mit einem 4:3-Sieg gegen Schalke 04 die Großdeutsche Fußballmeisterschaft. Am Morgen desselben Tages hatte das nationalsozialistische Deutschland die Sowjetunion überfallen. Der spektakuläre Sieg gegen Schalke und weitere sportliche Erfolge Rapids in der NS-Zeit gehören bis heute zu den zentralen Erinnerungspunkten in der Vereinsgeschichte. Doch unter welchen politischen Rahmenbedingungen

wurden diese Erfolge erzielt? Die Studie von Jakob Rosenberg und Georg Spitaler untersucht, welche Auswirkungen der „Anschluss“ 1938 auf den SK Rapid hatte und ob Spieler oder Funktionäre der NS-Verfolgung zum Opfer fielen bzw. flüchten mussten. Ebenso im Fokus steht die Rolle von Funktionären und Spielern in der Deutschen Wehrmacht oder anderen militärischen Verbänden sowie die Untersuchung der Mythen, die sich um den Gewinn der Deutschen Meisterschaft 1941 ranken. ♦

Sachbuch

## Schmerzgrenze

Das neue Buch von Bestsellerautor Joachim Bauer zu einem der wichtigsten Themen unserer Zeit: alltägliche und globale Gewalt.

Schmerz erzeugt Aggression. Doch wo verläuft die Schmerzgrenze des Gehirns? Unser Gehirn bewertet Ausgrenzung und Demütigung wie körperlichen Schmerz und reagiert deshalb auch darauf mit Aggressionen. Erkenntnisse aus der Hirnforschung weisen Wege aus den alltäglichen und globalen Aggressionsspiralen und werfen ein völlig neues Licht auf die Entstehung von Moralsystemen. Der Neurowissenschaftler und Psychotherapeut Joachim Bauer wirft mit „Schmerzgrenze“ nicht nur einen neu-

en Blick auf das Phänomen der Gewalt. Er zeigt auch, warum es vor rund 10.000 Jahren – in Folge der sogenannten neolithischen Revolution und des damals einsetzenden zivilisatorischen Prozesses – zu einer dramatischen Zunahme zwischenmenschlicher Gewalt kommen musste. Schließlich beantwortet Bauers neues Buch die Frage, warum und wie sich menschliche Gemeinschaften seither durch die Etablierung von Moralsystemen vor ausufernder Gewalt zu schützen versuchen. ♦

☐ ..... Stk.


Leonardo Padura:  
**Der Mann, der Hunde liebte.**  
Unionsverlag, Zürich 2011;  
730 S., 29,80 €

☐ ..... Stk.


Rosenberg, Spitaler (Hg.):  
**Grün-weiß unterm Hakenkreuz.**  
SK Rapid und DÖW,  
Wien 2011; 303 S., 18,99 €

☐ ..... Stk.


Joachim Bauer:  
**Schmerzgrenze.**  
**Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt.**  
Karl Blessing Verlag,  
München 2011; 285 S., 19,50 €

Unterschrift: .....

Adresse: .....

Name: .....

In der **Buchhandlung Löwelstraße**  
1014 Wien, Löwelstraße 18  
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534  
27/324, E-Mail: [Buchhandlung@spoe.at](mailto:Buchhandlung@spoe.at)

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

## ASYL/INTEGRATION

# Fremdenrechtspaket passiert Innenausschuss

Mit dem Fremdenrechtspaket werden die Weichen für das neue Bundesamt für Asyl gestellt. Dadurch werden Asylverfahren künftig beschleunigt.



Foto:ia

Das neue Fremdenrechtspaket bringt neben der „Rot-Weiß-Rot“-Karte auch die raschere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

**D**as Paket ist verfassungsrechtlich in Ordnung, die darin enthaltenen Bestimmungen konnten im Sinne aller Beteiligten konkretisiert werden. Wir haben in allen Bereichen die Tatbestände eng gefasst und damit Klarheit geschaffen. Wir gehen einen großen Schritt in die richtige Richtung“, zeigte sich SPÖ-Sicher-

heitssprecher Otto Pendl mit dem Paket zufrieden.

## Bundesamt für Asyl

So soll beispielsweise bis zum 15. September 2011 eine Evaluierung aller geltenden Fremdenrechtsbestimmungen vorgenom-

men werden. „Auf Basis dieses objektiven Zahlengerüsts soll eine Neugestaltung des behördlichen Vollzugs und damit eine optimale Umsetzung eines Bundesamtes für Asyl vorbereitet werden“, erklärte Pendl. Derzeit sind über 100 Behörden im Asylbereich zuständig. Die SPÖ konnte daher durchsetzen, dass ein Bundesamt für Asyl und Migration gegründet wird. So sollen die zersplitterten Kompetenzen zusammengefasst und der Vollzug des Fremdenrechts effizienter und rascher gestaltet werden.

## Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

Auch ausländische Bildungsabschlüsse sollen künftig schneller anerkannt werden. „Wir wollen, dass die Menschen, die in unser Land kommen, einen adäquaten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten und damit am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilnehmen können. Das ist gelebte Integration“, erklärte SPÖ-Integrationssprecherin Angela Lueger. ♦

## ANTIRASSISMUS

# „SchülerInnen gegen Rassismus“ geht in die zweite Runde

2011 steht bei diesem Projekt das geschriebene Wort im Mittelpunkt. SchülerInnen und Schüler wird dabei die Möglichkeit geboten, sich mit Rassismus und Vorurteilen kreativ auseinanderzusetzen.

**S**chülerinnen und Schüler aus dem Bezirk Liezen – egal ob aus Volksschule, Hauptschule, Unter- oder Oberstufe – werden eingeladen, ihre Gedanken, Erfahrungen und Ideen in Form eines Kurztextes jeglicher Gattung einzureichen. „Antirassismusbearbeitung muss so niederschwellig gestaltet werden wie

möglich. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Jugendlichen kreativ zu fordern und ihnen viel Gestaltungsfreiraum zu geben“, erläutert die SPÖ-Nationalratsabgeordnete Elisabeth Hakel den Hintergedanken des Projektes.

## ZARA mit an Bord geholt

Für die zweite Auflage hat man sich mit dem Verein ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) einen erfahrenen Partner mit ins Boot geholt: „Der Verein hat uns heuer dabei unterstützt, es auch dem Lehrkörper leichter zu machen. So wurden Unterrichtsmaterialien erstellt, die in zwei Einheiten zum Thema hinführen und die

Schülerinnen und Schüler möglichst sensibel auf die Problematik aufmerksam machen“, sagte Hakel. ♦



Petramar

Mit „SchülerInnen gegen Rassismus“ will die SPÖ-Abgeordnete Elisabeth Hakel junge Menschen dazu einladen, sich mit Rassismus und Vorurteilen auseinanderzusetzen.

## WEBTIPP

Alle Informationen zum Projekt sowie Lehrunterlagen und Anmeldung sind unter [www.schuelerinnengegenrassismus.com](http://www.schuelerinnengegenrassismus.com) aufrufbar.





## JUSTIZ

# Jarolim wehrt sich gegen Polit-Intrige

Um von der Fülle an Skandalen abzulenken, die sich in den Reihen der ÖVP auftun, wird versucht, mit Intrigen weiter zu kommen. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim wurde das Opfer einer solchen.



Jarolim: Vorwürfe sind nicht haltbar.

**S**PÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim wurde angeschwärzt, in finanziellem Interesse als Lobbyist tätig zu sein und aus diesem Grunde parlamentarische Anfragen zu stellen. In einer Pressekonferenz und einer anschließenden ausführlichen schriftlichen Klarstellung zu den angeblichen „Skandalen“ um seine Tätigkeiten als Jurist und Parlamentarier machte Jarolim deutlich: Die Vorwürfe gegen ihn sind nicht haltbar. Die Monopolstellung der Österreichischen Staatsdruckerei sei „so-

Schedl wohl mit den europäischen Rechtsnormen als auch den üblichen Kriterien einer sparsamen Haushaltsführung absolut unvereinbar“, betonte Jarolim, der auf diesen Umstand bereits seit September 2009 wiederholt hinweist. Kostenintensive Aufträge, etwa vom Bundesministerium für Inneres, wurden ohne öffentliche Ausschreibung an die Staatsdruckerei vergeben – obwohl dieses Unternehmen privatisiert ist. Dabei ließen sich mit öffentlichen Vergabeverfahren „erheblichste Einsparungen erzielen, was den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugute kommt“, so Jarolim. Die Beseitigung dieses zu Unrecht bestehenden Monopols sieht der SPÖ-Justizsprecher daher „als wünschenswert und im öffentlichen Interesse gelegen.“

Für dieses Anliegen hat sich Jarolim – auch mittels parlamentarischer Anfragen – eingesetzt. Ebenso hat er bei der EU-Kommission diesen Missstand beklagt. Dabei wurde ein Wissenschaftler, der Jarolim auf diese Fakten aufmerksam gemacht hat,

**„Ich gehe daher davon aus, dass die Verfolgung meines Zieles, nämlich die Beseitigung eines aus meiner Sicht zu Unrecht bestehenden Monopols, unbestritten als wünschenswert und im öffentlichen Interesse gelegen bezeichnet werden kann.“**

**SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim**

von Jarolims Kanzlei vertreten – unentgeltlich, ohne Aufwandsentschädigung. Es ging ihm um die Sache. „Ich hoffe, dass ich damit darlegen konnte, dass es wohl einen großen Unterschied macht, ob ein Politiker zur Durchsetzung von zweifellos öffentlichen (Einsparungs)Interessen auch seine beruflichen Ressourcen unentgeltlich zur Verfügung stellt, oder aber jemand sein politisches Amt dafür benützt, private Vorteile zu erhalten“, so Jarolim in seiner Klarstellung. ♦

## PETITIONEN

## Gerechtigkeit macht stark

Einsatz zahlt sich aus: Die Bürgerinitiative „Gerechtigkeit macht stark – Für mehr Verteilungsgerechtigkeit“ von der SPÖ Oberösterreich wurde von 55.000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben und vor kurzem im Parlament behandelt.

**Z**ehn Prozent der Haushalte in Österreich verfügen über 50 Prozent des Geldvermögens. Das zentrale Anliegen der Bürgerinitiative: Jene, die besonders viel beitragen können, sollen auch tatsächlich mehr beitragen. Denn ein sozial gerechtes Steuersystem ist für die ganze Gesellschaft von Vorteil. „Wir wollen eine stabile Gesellschaft mit guten Arbeitsplätzen, wirtschaftlichem Erfolg

und sozialem Frieden“, betont die SPÖ-Sprecherin für Petitionen und Bürgerinitiativen, Rosa Lohfeyer. Im Petitionenausschuss im Parlament argumentierte LR Hermann Kepplinger, der Erstunterzeichner der Initiative, die Anliegen der Unterstützer. Stellung nahm auch ein Experte des Finanzministeriums, die Abgeordneten haben im Ausschuss rege über das Thema diskutiert. ♦



SPÖ Szbg.

**NR-Abg. Rosa Lohfeyer setzt sich in ihrer parlamentarischen Arbeit für Verteilungsgerechtigkeit ein.**

## KÄRNTEN

# Und die gesunden Gewinner sind ...



Bereits zum achten Mal wurden am Mittwoch die Gesundheitspreise des Landes Kärnten vergeben. Gesundheitsreferent und LH-Stv. Peter Kaiser ehrte u.a. die SPÖ-Gemeinden St. Paul im Lavanttal und St. Kanzian.

Bei einem Festakt in Velden wurden die Auszeichnungen in den Kategorien „Allgemeine Gemeindeprojekte“, „Gesunde Schule“ und „Gesunder Kindergarten“ verliehen. „Die Preise sind eine Anerkennung für herausragende Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung und ein Ansporn, Kärnten zum gesündesten Bundesland zu machen“, erklärte Kaiser. In der ersten Kategorie konnte sich die Marktgemeinde St. Paul im Lavanttal mit dem Projekt „Aktiv und gesund durchs Leben“ durchsetzen. Dieses nachhaltige Langzeitprojekt beinhaltet eine Vielzahl an Aktivitäten wie Vorträge zu den Themenbereichen seelisches Wohlbefinden,

SeniorenSicherheit und Bewegung. St. Paul im Lavanttal darf sich über die Glasstatuette „Isis Noreia“ und einen Scheck im Wert von 2.000 Euro freuen.

### Umfangreiche Angebote

In der Kategorie „Gesunder Kindergarten“ hatte der Kindergarten St. Kanzian mit dem Projekt „Gesund durchs Jahr! Ernährung – Bewegung – Entspannung“ die Nase vorne. Der Kindergarten erhielt ebenfalls die begehrte Trophäe und ein Preisgeld im Wert von 750 Euro. Beeindruckt vom Engagement und der Kreativität der eingereichten Projekte zeigte sich Gesundheitsreferent Kaiser: „Mit den umfangreichen Angeboten



LH-Stv. Peter Kaiser gratuliert dem Bürgermeister der Gesunden Gemeinde St. Paul, Hermann Primus (3. v.l.) zum 1. Platz in der Kategorie „Allgemeine Gemeindeprojekte“.

in unseren mittlerweile 98 Gesunden Gemeinden gelingt es, dass immer mehr Kärntner die Vorteile einer gesunden Lebensweise erkennen.“ ♦

## NIEDERÖSTERREICH

# Atommüll? Nein Danke.



LH-Stv. Sepp Leitner und SPÖ-LABg. Konrad Antoni rufen zum Protest gegen das geplante Atommüll-Endlager auf.



Die SPÖ kämpft mit einer Unterschriftenaktion gegen das geplante tschechische Atommüll-Endlager an der Grenze zum Waldviertel.

Alte Brennstäbe und hochradioaktiver Abfall nur wenige Kilometer von der

österreichischen Grenze entfernt – nach den tschechischen Kernkraftwerken Temelin und Dukovany und Bohunice und Mochovce in der Slowakei wäre ein Atommüll-Endlager ein weiteres unmittelbares Sicherheitsrisiko für die Menschen in Niederösterreich. „Damit sind die Interessen an Gesundheit, Lebensqualität und eine sichere Zukunft für uns und unsere Kinder im Waldviertel massiv in Gefahr“, sagte SPÖ-LABg. Konrad Antoni. „Wir werden nun seitens der SPNÖ jedenfalls alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ein geplantes Endlager an der Grenze zum Waldviertel zu verhindern“, sagte LH-Stv. Sepp Leitner. Es sei höchste Zeit, ein Zeichen zu setzen und sich der Sorgen der österreichischen, aber auch

der betroffenen tschechischen Bevölkerung anzunehmen, betonte Leitner. „Wir wollen nicht zusehen, wir wollen nicht aufgeben, wir wollen nicht die Hände in den Schoß legen“, so Leitner zu der Unterschriftenaktion.

### Kritik an unterirdischer Lagerung

Massive Kritik äußern die SPNÖ-Politiker auch, weil das geplante Endlager eine unterirdische Deponierung vorsieht. SPÖ-LABg. Konrad Antoni: „Viele Experten sehen bereits eine oberirdische Lagerung als sicherer an.“ Es werde erwartet, dass in den kommenden Jahren effizientere Lagerungsmöglichkeiten entwickelt werden. „Dann ist es jedenfalls kontraproduktiv, den Atommüll aus hunderten Metern Tiefe wieder ausgraben zu müssen“, so Antoni. Zur Unterschriftenaktion gelangt man über die Seiten der SPNÖ: [www.no.e.spoe.at](http://www.no.e.spoe.at). ♦

## 100 JAHRE MIETERVEREINIGUNG

## Starke Stimme zum Schutz der Mieter



Seit einem Jahrhundert setzt sich die Mietervereinigung Österreichs für leistbares und sicheres Wohnen ein. Dieser Tage wurde der runde Geburtstag mit viel Prominenz im Wiener Rathaus gefeiert.

Als die Mietervereinigung 1911 gegründet wurde, herrschten in Österreich und insbesondere in Wien eher triste Wohnverhältnisse. „Menschen wie Anton Kolbe, Friedrich Frey, Robert Danneberg oder Ferdinand Hanusch machten sich für einen umfangreichen Mieterschutz stark“, erinnerte der Präsident der Mietervereinigung Georg Niedermühlbichler an die Gründungsväter. Ziel war es, die

Wohnsituation für die breite Masse zu verbessern, das Grundrecht auf leistbares und sicheres Wohnen zu gewährleisten und den rechtlichen Rahmen dafür zu garantieren. „Diesen Grundsätzen fühlen wir uns auch heute verpflichtet. Denn auch wenn sich die Wohnverhältnisse in den letzten 100 Jahren deutlich verbessert haben, gibt es noch viel zu tun“, so Niedermühlbichler.

## Lange Erfolgsgeschichte

Heute ist die Mietervereinigung die größte und stärkste Mieterschutzorganisation Österreichs. Über die lange Erfolgsgeschichte informiert sowohl ein eigenes zum Jubiläum produzierter Film als auch eine Wanderausstellung (siehe Web-Tipp). Um das 100. Bestehen gebührend zu feiern, lud die Mietervereini-



V.l.n.r.: StS Josef Ostermayer, Präsident der Mietervereinigung Georg Niedermühlbichler, Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl und Wohnbaustadtrat Michael Ludwig feierten 100 Jahre Mietervereinigung.

gung in den Festsaal des Wiener Rathauses. Prominente Gratulanten waren unter anderem Bürgermeister Michael Häupl, Wohnbaustadtrat Michael Ludwig, Bundesministerin Doris Bures, Staatssekretär Josef Ostermayer und der Präsident der internationalen Mietervereinigung Sven Bergenstrahle. ♦

## WEBTIPP

Film zu 100 Jahre Mietervereinigung und Termine der Wanderausstellung zu sehen unter: [www.mietervereinigung.at](http://www.mietervereinigung.at)

## KINDERFREUNDE

## Seit 100 Jahren eine Lobby für Kinder



„Wir zeigen Herz. Seit 100 Jahren“ – unter diesem Motto fand vor kurzem die Jubiläumskonferenz der Kinderfreunde Niederösterreich statt. Bundeskanzler Werner Faymann gratulierte zum 100. Geburtstag.

Über 350 Kinderfreunde fanden sich zur Jubiläumsveranstaltung in Ober-Grafendorf ein. Prominente Ehrengäste wie Bundeskanzler Werner Faymann, Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Bildungsvolksbegehren-Initiator Hannes Androsch und LH-Stv. Sepp Leitner betonten die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für Kinder und Familien. Faymann lobte die Organisation als „Lobby für alle Kinder und Arbeitnehmer.“ Die Arbeit der Kinderfreunde bringe mit sich, dass sich „in ganz Europa die Lebensbedingungen für alle verbessern, und dass in der EU nicht nur Aktienkurse und Unternehmensgewinne beachtet werden“, so Faymann. ♦



V.l.n.r.: Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Vizebürgermeisterin und Bürgermeister von Trumau Ruth Gabriel und Otto Pendl, Bundeskanzler Werner Faymann und Kinderfreunde-Landesvorsitzender Andreas Kollross mit Kindern.

## STEIERMARK

## Ehrung für Spitzensportler



200 steirische Spitzensportler wurden von Landeshauptmann und Sportreferent Franz Voves mit dem „Landessportehrenzeichen“ ausgezeichnet.

Unter den Geehrten waren unter anderem Ski-Nordisch-Olympiasieger Mario Stecher, die Olympiasiegerin Daniela Iraschko, Weltklassekletterin Johanna Ernst und Leichtathletik-WM-Sieger Thomas Frühwirt vom Versehrtensportclub Graz. Voves lobte den unermüdlichen Einsatz, der für große Leistungen im Sport nötig ist: „Ich war selbst als Eishockeyspieler Staatsmeister und über 30 Jahre lang als Funktionär tätig – ich weiß also, was Sie alle leisten.“ Iraschko und Stecher bedankten sich im Namen der Preisträger beim Landeshauptmann: „Hören Sie nicht auf, in junge Sportler zu investieren – sie sind die beste Werbung für die Steiermark.“ ♦



Melbinger

Mario Stecher, Thomas Frühwirt, Daniela Iraschko und Johanna Ernst (v.l.) mit Landeshauptmann und Sportreferent Franz Voves.





SPÖ Wien

# „Das Tor der Zukunft“: Die Wiener Schulreform 2.0

Wien soll Zentrum des Wissens werden – dieses Ziel hat sich die Wiener SPÖ gesetzt.

**D**ie Arbeitswelt ist einem permanenten Wandel unterzogen. Um auch weiterhin Arbeitsplätze mit Zukunft zu sichern, will die Wiener SPÖ Wien als Zentrum des Wissens in Mitteleuropa positionieren. Erreicht werden kann dieses ehrgeizige Vorhaben nur, wenn es gelingt, die Widerstände der ÖVP gegen eine grundlegende Bildungsreform in Österreich endlich zu überwinden. Denn die Blockadepolitik der Konservativen reicht bis in die Erste Republik zurück, als Otto Glöckel in seinem Buch „Das Tor der Zukunft“ ein umfassendes Schulreformprogramm vorlegte – und mit seiner Vision einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen am Widerstand der Christlichsozialen scheiterte.

Derzeit werden in Wien 84.000 Kinder in über 900 städtischen und privaten Kindergärten von 65.000 Pädagogen und Assistenten betreut. Außerdem wurden in den vergangenen Jahren 8.000 zusätzliche Krippen- und Kindergartenplätze geschaffen. Dieses Angebot soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden, um unseren Kindern möglichst früh die beste Förderung zukommen zu lassen. Erst dann, wenn wir den Kindergarten als erste Stufe der individuellen Bildungsbiographie begreifen, als den Ort, an dem der Grundstein für spätere Chancen

gelegt wird, können wir „Das Tor der Zukunft“ aufstoßen.

Auch an den Pflichtschulen hat es sich die Sozialdemokratie vorgenommen, das Angebot an ganztägigen Schulformen zu erweitern. Insgesamt werden in Wien gegen-



Der Kindergarten spielt in der Bildungsbiographie eine zentrale Rolle. In ihm wird der Grundstein für spätere Chancen gelegt.

wärtig 230.000 Kinder und Jugendliche von 22.000 Lehrern an über 400 Schulen unterrichtet, und schon jetzt werden 40 Prozent der Wiener Pflichtschüler ganztägig betreut – dreimal soviel wie in Niederösterreich!

Im Pflichtschulbereich wendet die Stadt Wien jährlich etwa eine Milliarde Euro auf; davon entfallen über 160 Millionen auf den Neubau oder die Sanierung von Schulen. Die Zukunft der Schule liegt jedoch im „Campus-Modell“, das mehrere Bildungseinrich-

tungen umfasst und den Übergang von einer Bildungsstufe zur nächsten erleichtert.

Dem Prinzip „Förderung und Differenzierung statt Selektion“ hat sich auch die „Wiener Mittelschule“ verschrieben. Dieses Schulmodell kombiniert die Vorteile verschiedener Schularten und gilt, wie auch internationale Vergleiche zeigen, als die pädagogisch sinnvollste Schulform für die Gruppe der 10- bis 14-Jährigen.

Auch die Studienbedingungen an den Hochschulen müssen verbessert werden. Die verantwortlichen Politiker der ÖVP sollten dringend eine europäische Lösung finden, um etwa die Probleme mit deutschen Studenten zu lösen – damit der Wissenschaftsstandort Wien nicht an Bedeutung verliert!

Das Schlusswort überlasse ich gerne dem großen Schulreformer Otto Glöckel, dessen Aussage beim Berliner Kongress 1928 nichts an Aktualität eingebüßt hat: „Schulreform bleibt eine theoretische Stilübung, solange es nicht gelingt, die Lehrerschaft für die Schulreform zu gewinnen.“

**Marcus Schober** ist Bildungssekretär der Wiener SPÖ-Bildung sowie Landesstellenleiter des Renner-Instituts in Wien.

Die Perspektiven im Gesundheitswesen standen im Zentrum eines Österreich 2020-Zukunftsdiskurs Gesundheit an der Krankenpflegeschule Klagenfurt. Gesundheitsminister Alois Stöger, Landeshauptmannstellvertreter und Spitalsreferent Peter Kaiser sowie Primar Dietmar Geissler diskutierten mit den Krankenpflegeschülerinnen

und -schülern die Entwicklung des Gesundheitssystems.

Im Zuge der Zukunftsdiskurse Bildung fanden in Vorarlberg, Tirol, Niederösterreich, Salzburg und dem Burgenland Diskussionsveranstaltungen mit Ministerin Claudia Schmied statt. In Innsbruck ging es da-

bei vor 300 Studierenden und Lehrenden an der Pädagogischen Hochschule um die heiß diskutierte Neugestaltung der Pädagogenausbildung. Den Abschluss der Österreich 2020 Zukunftsdiskurse Bildung bilden weitere drei Veranstaltungen in Niederösterreich. Details und Fotos zu den Veranstaltungen unter [www.oe2020.at](http://www.oe2020.at) ♦



### Geehrt

Bundestkanzler Werner Faymann (im Bild mit Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und SchiWeltmeister Hermann Maier) hat die „Leonidas-Sportgala“ in Salzburg besucht. Bei dieser Gala werden alljährlich Sportlerinnen und Sportler für ihre Leistungen geehrt.



### Gepanzert

Eine Patenschaft für „Puppi“ hat Wiens Bürgermeister Michael Häupl vor kurzem übernommen. „Puppi“ ist eine rund 40 Jahre alte Meeresschildkröte. Mit dieser Tierpatenschaft soll auch ein Signal für den sorgsamen Umgang mit der Natur gesetzt werden.

### Getroffen

Bundestkanzler Werner Faymann hat bei einem Arbeitstreffen mit dem polnischen Premier Donald Tusk für den Atom-Ausstieg geworben. Niemand könne sagen, dass radioaktive Strahlung staatliche Grenzen einhält. „Daher halten wir es als Österreicher für unser Recht, den Ausstieg aus der Kernkraft auf europäischer Ebene voranzutreiben“, so Faymann.

### Gesund

Gesundheitsminister Alois Stöger (im Bild mit Kindern der Volksschule St. Stefan) hat am Weltgesundheitstag gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser eine gesunde Jause an Kärntner Volksschulen verteilt.



## IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:  
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,  
Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,  
Chefin v. Dienst: Mag<sup>a</sup> Ute Pichler,  
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,  
Mag<sup>a</sup> Alexandra Hopf, Mag<sup>a</sup> Birgit Jung,  
Philipp Lindner, Mag<sup>a</sup> Sophia Schönecker,  
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber  
Bildredaktion: Emil Goldberg  
Layout: Thomas Lehmann  
Coverfoto: picturedesk  
Bildbearbeitung: Max Stohanzl  
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275  
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &  
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97  
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,  
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at  
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

## NET NEWS

[www.kreisky100.at](http://www.kreisky100.at)

## Sonderheft „100 Jahre Bruno Kreisky“ als Download

Am 22. Jänner 1911 wurde Bruno Kreisky in Wien geboren. Der Sohn aus großbürgerlichem Haus wurde Sozialdemokrat und eine der bedeutendsten Persönlichkeiten Österreichs. Noch heute genießt Kreisky ungebrochene Wertschätzung – weit über alle Parteigrenzen hinweg. „SPÖ Aktuell“ hat dem großen Visionär und Reformen eine Schwerpunkt-Serie zu seinem 100 Geburtstag gewidmet. Kreisky hat Österreich von Grund auf modernisiert – ob

Schulen und Universitäten, ob Arbeitsmarkt, Justiz, Soziales, Kultur, Wohnen, Frauen- oder Außenpolitik. Aber wussten Sie auch, dass Oskar Kokoschka bei Kreisky zu Hause gemeldet war, um nach der Vertreibung die österreichische Staatsbürgerschaft wieder zu erlangen? Erfolge und Reformen, Geschichten und Anekdoten finden Sie im Sonderheft „100 Jahre Bruno Kreisky“ als Download unter [www.kreisky100.at](http://www.kreisky100.at).



aktuell





# **GEDENKVERANSTALTUNG**

**Gestern Tschernobyl, heute Fukushima, morgen?  
Abschalten jetzt!**

Eine Initiative der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000

**Ostermontag, 25.4.2011  
18.00 Uhr, Stephansplatz**

Mit Unterstützung von



LHC Kritik

